

Forum
für aktive
Gewaltfreiheit

Spinnrad



Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes · Österreichischer Zweig

- Schwerpunktthema
Das Ende der
Demokratie?
- B cher
- Blutrache in
Albanien



Nr. **1**
April 2017, €3,-

Inhalt

EDITORIAL, IMPRESSUM, OFFENLEGUNG	2
DIESER POLITIKWAHNSINN MUSS BEENDET WERDEN! von Irmgard Ehrenberger	3
DEMOKRATIE UND KAPITAL GEDANKEN ZU EINEM GRUNDSÄTZLICHEN GEGENSATZPAAR von Hannes Hofbauer	8
NATIONALE WAHLBEOBACHTUNG ALS BEITRAG ZUR DEMOKRATIE(SIERUNG) von Iris O'Rourke, Paul Grohma, Michael Lidauer, Armin Rabitsch	11
DAS LAGER ALS INBEGRIFF DES AUSNAHMEZUSTANDES: ÜBERGANG ZWISCHEN DEMOKRATIE UND FASCHISMUS von David Gamsjäger	14
BÜCHER	15
WER VERGIBT IST EIN WAHRER HELD von Giulia Zurlini Panza	18

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams übereinstimmen.

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle

Offenlegung lt. §25 Mediengesetz unter:
www.versoehnungsbund.at/spinnrad

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;
Tel./Fax: 01/408 53 32; Email: office@versoehnungsbund.at
www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign: Monika Naskau

Layout: Lucia Hämmerle

Hersteller: AV+Astoria Druckzentrum GmbH,
Faradaygasse 6, 1030 Wien; **Verlagspostamt:** 1080 Wien

Bankverbindung: PSK, BIC: BAWAATWW,
IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553

Preis der Einzelnummer: € 3,-

Abonnement: € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!

*Der IVB ist ein Zweig der internationalen gewaltfreien Bewegung International Fellowship of Reconciliation (IFOR). IFOR hat beratenden Status bei ECOSOC und UNESCO. IFOR umfasst ein Netzwerk von 80 Zweigen und Gruppen auf allen Kontinenten.
www.ifor.org*

Liebe Leserinnen und Leser!

*Zum Thema dieses Spinnrads haben wir die Frage nach dem **Ende der Demokratie** gemacht und Irmgard Ehrenberger versucht im Leitartikel („Dieser Politikwahnsinn muss beendet werden“ S. 3) aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen aufzuzeigen. Ja, der Artikel ist sehr lang geworden! Wir hoffen aber, dass euch das nicht abschreckt und ihr euch dennoch auf ihre spannende Analyse einlässt.*

Der Artikel „Demokratie und Kapital“ (H. Hofbauer, S.8) streicht noch einmal komplexe Zusammenhänge und eine „Neudefinition der Demokratie“ heraus, während „Nationale Wahlbeobachtung als Beitrag zur Demokratie(sierung)“ (I. O'Rourke, P. Grohma, M. Lidauer, A. Rabitsch, S. 11) exemplarisch für Möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie steht. Schlussendlich behandelt David Gamsjäger in seiner Zusammenfassung zum Denken Giorgio Agambens („Das Lager als Inbegriff des Ausnahmezustandes“, S. 14) noch einen eher philosophischen Aspekt des Themas.

Wer sich darüber hinaus noch mit einem (möglichen? faktischen? befürchteten?) Ende der Demokratie beschäftigen möchte, findet auf unseren Rezensionsseiten (S. 15-16) bestimmt noch das eine oder andere Buch.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Lucia Hämmerle

Offenlegung laut §25 Mediengesetz: Eigentümer und Herausgeber der Zeitschrift SPINNRAD ist zur Gänze der Internationale Versöhnungsbund - österreichischer Zweig, Lederergasse 23/3/27, 1080 Wien. Im Vorstand des Vereins sind Therese Kirchner, Harold Otto, Bettina Schieraus, Angelika Schoder, Heinz Spindler und Irmela Steinert. In der Geschäftsführung tätig sind außerdem Irmgard Ehrenberger und Peter Hämmerle.

Grundlegende Richtung: Die Zeitschrift SPINNRAD - Forum für aktive Gewaltfreiheit dient der Verwirklichung der Vision aus dem Leitbild des Herausgebers: „Der Versöhnungsbund strebt eine Welt an, in der die Achtung vor dem Leben und die Würde, Freiheit und Individualität jedes Menschen im Zentrum von Gesellschaft und Politik stehen und aktive Gewaltfreiheit als Handlungsprinzip verwirklicht ist. In dieser vom Versöhnungsgedanken geleiteten Welt werden unterdrückende und menschenverachtende Strukturen und Ideologien durch eine Kultur des Friedens, gewachsen aus religiösen und humanistischen Traditionen, abgelöst.“



Als Teil der internationalen Friedensbewegung arbeitet der österreichische Versöhnungsbund aktiv gewaltfrei für einen gerechten und nachhaltigen Frieden.



Dieser Politikwahnsinn muss beendet werden!

von Irmgard Ehrenberger

Wirtschaftskrise, Brexit, ein Präsident *Donald Trump* in den USA, ein Präsident *Erdoğan* in der Türkei, Flüchtende, Kriege, Anschläge mitten in Großstädten Europas – die Welt scheint aus den Fugen zu geraten und Europas Politik ist heillos überfordert. Rechtsdemagogische Parteien erhalten mehr und mehr Zulauf und besetzen in einigen Ländern bereits das Amt des Regierungschefs/der Regierungschefin. Regierungen und Medien bejubeln das Wahlergebnis in den Niederlanden, nur weil *Geert Wilders*’ Partei nicht so viele Stimmen dazugewonnen hat wie ursprünglich befürchtet.

Seit Jahren (oder fast Jahrzehnten) ist eine Antwort auf die Machtzunahme von rechtsdemagogischen Parteien die Mobilisierung der Wähler_innen durch Angst: Wenn ihr rechtsrechte Parteien verhindern wollt, müsst ihr „uns“ wählen. Besonders stark war dieser Druck während des letzten Präsidentschaftswahlkampfes in Österreich zu spüren: Mit ungezählten Facebook-Postings, E-Mails usw. wurde es fast als Pflicht dargestellt, *Van der Bellen* zu wählen, um seinen Gegenkandidaten zu verhindern. Und das, obwohl der Kandidat *Van der Bellen* mit durchaus bedenklichen Aussagen zu einem gewalttätigen System aufgefallen ist. Bemerkenswert war seine Aussage, dass er als Ökonom immer für Freihandel sei, unvergessen sein Urteil über Jean Claude Juncker als „ehrentwerten Mann“. Jener Jean Claude Juncker, dessen Namen untrennbar mit dem in den „Luxenburg-Leaks“ veröffentlichten Finanzskandal verbunden ist und der behauptet hat, man hätte beim Beitritt Griechenlands zur Eurozo-

ne nicht gewusst, dass Griechenland seine Bilanzen frisiere. Die Rechnung für dieses „Nicht-Wissen“ zahlen jetzt die Menschen in Griechenland, die menschenunwürdigen Sparmaßnahmen ausgesetzt sind.

Wir stimmen also wohl oder übel jenen Politiker_innen zu, die mit ihrem Verhalten ein System stützen, in dem den EU-Staaten jedes Jahr 1 Billion (!) Euro durch Steuerumgehung oder -hinterziehung verlorengeht.¹⁾ Ökonom_innen stellen fest, dass es gar keine Finanzkrise, selbst keine „Griechenlandkrise“ gäbe, stünde dieses Geld den Staaten zur Verfügung.

Money talks

Wie kann das sein? Wie kann die Politik, wie kann das Gemeinwesen derart machtlos sein gegen die Interessen einiger weniger? Die Antwort ist wohl im Wesen des Kapitalismus als autoritäres und ausbeuterisches System selbst zu suchen. Vielfach wird ja immer noch behauptet, dass der Kapitalismus Wohlstand für breite Bevölkerungsteile in der westlichen Welt gebracht hätte. Ein Blick auf die Lebensbedingungen der Arbeiter_innen seit der Zeit der industriellen Revolution zeigt wohl das Gegenteil. Erst die mit großen Opfern verbundenen Kämpfe um soziale und politischen Rechte und die eingreifende und gestaltende Politik ermöglichten wesentliche Verbesserungen für breite Bevölkerungsteile. So schreibt *Thom Hartmann*: „Ungeachtet dessen, was Sie im Wall Street Journal lesen oder auf Fox News sehen, ist der Kapitalismus kein wirtschaftliches System, das eine Mittelklasse hervorbringt. Wenn er sich selbst über-

lassen ist, neigt der Kapitalismus tatsächlich zu einem gewaltigen Ausmaß an Ungleichheit und Monopol. Der natürlichste und stabilste Zustand des Kapitalismus sieht eigentlich aus wie das viktorianische England, beschrieben in den Romanen von *Charles Dickens*.“²⁾ *Hartmann* argumentiert, dass „die Periode mit den höchsten Steuersätzen für die Reichen – zwischen der Roosevelt- und der Reagan-Administration – auch die Periode mit dem niedrigsten Niveau an wirtschaftlicher Ungleichheit war. Als die Mittelklasse ins Leben gerufen wurde, betrug der höchste Steuersatz zwischen 74 und 91 Prozent. Dann wurde er von Reagan auf 28 Prozent reduziert und aus der Mittelklasse der Beschäftigten wurden die working poor.“

In der gleichen Weise stellt *Ingo Schulze* fest: „Unser Gemeinwesen wurde und wird von den demokratisch gewählten Volksvertretern gegen die Wand gefahren, indem es seiner Einnahmen beraubt wird. Der Spitzensteuersatz wurde in Deutschland von der Schröder-Regierung von 53 auf 42 Prozent gesenkt ... Das Geld, das den Vermögenden dadurch bleibt, ist – glaubt man den Statistiken – nicht wie gewünscht in Investitionen geflossen, sondern in lukrativere Finanzmarktgeschäfte.“³⁾

2011 wiesen Forscher_innen empirisch nach, dass 1318 Unternehmen vier Fünftel der Weltwirtschaft kontrollieren und eng miteinander verflochten sind. „Die Welt“ kommentiert: „Indem sie ihre Auswahl weiter einschränkten, stießen sie letztlich auf eine »Superzelle« von 147 Firmen (133 davon aus dem Finanz- und Immobiliensektor). Diese sind untereinander so verwo-

ben und verflochten, dass sie knapp 40 Prozent des gesamten Vermögens der transnationalen Unternehmen kontrollieren.“⁴⁾

Diese Akkumulation von Besitz und Macht geht einher mit dem Verfall der Demokratie. Ingo Schulze meint dazu: „Von einem Angriff auf die Demokratie zu sprechen, ist euphemistisch. Eine Situation, in der es der Minderheit einer Minderheit gestattet wird, es also legal ist, das Gemeinwohl der eigenen Bereicherung wegen schwer zu schädigen, ist postdemokratisch. Schuld ist das Gemeinwesen selbst, weil es sich nicht gegen seine Ausplünderung schützt, weil es nicht in der Lage ist, Vertreter zu wählen, die seine Interessen wahrnehmen ... Demokratie wäre, wenn die Politik durch Steuern, Gesetze und Kontrollen in die bestehende Wirtschaftsstruktur eingriffe und die Akteure an den Märkten, vor allem an den Finanzmärkten, in Bahnen zwänge, die mit den Interessen des Gemeinwesens vereinbar sind.“³⁾

Dass diese Entwicklungen nicht breit diskutiert, geschweige denn bearbeitet werden, machen sich rechtsdemagogische Bewegungen zunutze, indem sie die Sorgen der Menschen umlenken auf einfache Themen wie Immigration und Flucht, bei denen scheinbar alle mitdiskutieren können. Zudem geißeln sie intransparente Machtzirkel oder prangern – teils zu Recht – das politische „Establishment“ an.

Darüber hinaus machen sie sich die Unüberschaubarkeit der Globalisierung und die immer schneller werdenden Prozesse der Veränderung, die letztlich der Natur des Menschen nicht entsprechen, zunutze und gaukeln mit kleinkarierten Nationalismen Sicherheit und Überschaubarkeit vor. Mittlerweile ist das Erstarken rechter nationalistischer Parteien soweit

fortgeschritten, dass das Festhalten der politischen Eliten am Status quo für die Zukunft nichts Gutes verheißt. Nancy Fraser schreibt in Bezug auf den politischen Aufruhr: „... So sehr sie sich weltanschaulich und in ihren Zielen unterscheiden mögen, haben diese Meute-reien des Wahlvolks doch eines miteinander gemein: In allen Fällen handelt es sich um Absagen an die wirtschafts- und finanzgesteuerte Globalisierung, den Neoliberalismus und die politischen Establishments, die beides förderten. Jedes Mal haben wir es mit einem Nein der Wähler zur tödlichen Kombination von Austeritätspolitik, Freihandel, ausbeuterischen Kredit- und Verschuldungspraktiken sowie den prekären, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen zu tun, die den finanzialisierten Kapitalismus unserer Tage kennzeichnen.“⁵⁾

Dass sich die rechtsrechten Protagonist_innen selbst zutiefst dem kapitalistischen System verpflichtet sehen, wird man in den kommenden Jahren an Ländern wie den USA, Ungarn, Polen oder auch der Türkei sehr gut beobachten können. Vielleicht auch in Österreich und noch weiteren europäischen Ländern. Denn, so meint der Historiker Volker Weiß in seinem Buch „Die autoritäre Revolte“: „Die Konzeption der Neuen Rechten war schon immer eine Elitenkonzeption, das bedeutet, man wollte auf die angehende Führungsgeneration einwirken. Ganz konkret Leute aus der mittelständischen Wirtschaft, Leute, die eine akademische Karriere durchlaufen, in die Verwaltung, vor allem Staatsverwaltung dann gehen, dafür hat man sich konzentriert auf die akademischen Verbindungen, Burschenschaften und ähnliches, und die dritte Gruppe, die man anvisiert, sind Offiziersanwärter der Bundeswehr.“⁶⁾

Der Kapitalismus braucht keine Demokratie, aber stabile Verhältnisse

Dass Stabilität wichtiger ist als Demokratie und Menschenrechte, wissen wir längst durch die jahrzehntelangen freundschaftlichen Beziehungen zwischen westlichen Demokratien und diktatorischen Regimen. Solange sie sich an vorgegebene Spielregeln halten, ist der freie Fluss von Rohstoffen und Waren (inkl. Rüstungsgütern) wichtiger als die Einhaltung von Menschenrechten – „westliche Werte“ hin oder her.

Aber auch in Europa geraten Menschenrechte ins Abseits, Staat und Gesellschaft agieren zunehmend autoritärer. Freiheit wird definiert als Recht, das persönliche Leben mit wenig gesellschaftlichen Zwängen wie Lebensweise, partnerschaftliche Beziehungen, Kleidung etc. zu gestalten. Diese – auch hart erkämpfte - Freiheit hat sicher zum Wohlbefinden und zu einem erfüllten Leben beigetragen. Sie erinnert aber in gewisser Weise an das Biedermeier, das mit einem Rückzug in die kleinbürgerliche Kultur und Häuslichkeit verbunden ist, während die Regierung politische Betätigung stark einschränkte.

Heute wird mit dem Verweis auf Länder, in denen viele unter sozialen Zwängen leiden, suggeriert, dass wir hier in den westlichen Ländern das Maximum an Freiheit erreicht hätten. Der Minirock repräsentiert sozusagen unsere Demokratie. Wirtschaftliche Zwänge, Strukturen der Gewalt, Arbeitslosigkeit etc. werden gemäß dem Motto „Jede/r ist seines/ihres Glückes Schmied“ ins Private gedrängt. Die Forderungen nach Partizipation und Mitgestaltung laufen ins Leere – Meinungsfreiheit ja, aber bitte vor dem Salzamt. So wurden und werden Willenskundgebungen der Bevölkerungen, die nicht mit den



Standpunkten der Regierungen übereinstimmen, schlicht ignoriert.

Herausragend sind hier wohl die Beispiele der Kriege 1991 und 2003 gegen den Irak. 1990 wurden die Argumente der Kriegsgegner_innen einfach vom Tisch gewischt, 2003 stimmten die weltweiten Demonstrationen von Millionen von Menschen die kriegswilligen Regierungen nicht um. In beiden Fällen stellten sich die Argumente der Regierungen als Lügen heraus: Jahre nach dem Golfkrieg 1991 gab das Pentagon bekannt, dass – entgegen der Unterstellung vor Kriegsbeginn – *Saddam Hussein* niemals plante, in Saudi-Arabien einzumarschieren, und die Massenvernichtungswaffen in Besitz von *Saddam Hussein*, die von den USA und Großbritannien 2003 ins Rennen geführt wurden, waren frei erfunden. Was nützen hier spätere Richtigstellungen und Untersuchungskommissionen wie gegen den damaligen Premierminister *Tony Blair*? Hunderttausende wurden getötet, der politische Schaden ist angerichtet und die Folgen dieser Kriege – die Destabilisierung weiter Teile des Nahen Ostens und die Bildung des IS und weiterer terroristischer Organisationen – bestimmen heute große Teile der Weltpolitik.

Auch in wirtschaftlichen Belangen verweigern Regierungen und auch die EU schlicht den Dialog mit den betroffenen Bürger_innen. Selbst große Willenskundgebungen wie die *Occupy-Bewegung* oder die *Demonstrationen gegen Sozialabbau* beispielsweise in Frankreich oder Spanien bleiben Randerscheinungen und weitgehend wirkungslos.

Demgegenüber nehmen Regierungen für sich in Anspruch, den „*Volkswillen*“ aufzugreifen, indem sie restriktive Gesetze der Sicherheit erlassen. Im Februar dieses

Jahres hat das EU-Parlament eine Anti-Terror-Richtlinie beschlossen, die im Eilverfahren – und damit ohne Beteiligung von Bürger_innenrechtsorganisationen – durchgewunken wurde und die die Bewegungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit der in der EU lebenden Menschen massiv gefährdet.⁷⁾

Gleichzeitig erlassen nationale EU-Regierungen Anti-Terror-Gesetze, die *Amnesty International* bereits veranlasst haben, die Studie „*Disproportionate Dangerously*“ (dt.: Unverhältnismäßig gefährlich) über den stetig wachsenden nationalen Sicherheitsstaat in Europa zu verfassen.⁸⁾ Auch in Österreich plant die Regierung ein umfassendes Paket mit Überwachungsmaßnahmen und neuen Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden. „*Das Paket setzt die Wunschliste von Innenminister Wolfgang Sobotka um und bringt noch nie da gewesene Einschränkungen des Rechts auf Privatsphäre und auf Datenschutz,*“ urteilt *Epizentrum - Plattform* für grundrechtsbasierte Zukunftspolitik.⁹⁾ Gleichzeitig wird im öffentlichen Diskurs jegliche Mitverantwortung für die Entstehung des derzeitigen Terrorismus in den Hintergrund gedrängt bzw. zurückgewiesen und damit auch die Mitverantwortung für die Tausenden Terroropfer im Nahen Osten und in Afrika. Die Aufnahme von Flüchtenden wird somit als Akt der reinen Humanität und/oder Christlichkeit dargestellt und nicht als logische Konsequenz einer jahrzehntelangen verheerenden Politik. Zudem sichern diese Gesetze für die Zukunft restriktive Maßnahmen zur Unterdrückung von sozialem und politischem Widerstand ab, der durch die immer größer werdende Ungleichheit absehbar ist.

Ein System der strukturellen Gewalt

Dieses Zusammenspiel – Akkumulation von Geld und Macht der Konzerne, Abbau der demokratischen Rechte, Rückbau des Sozialstaates und die massive Abwehr von Flüchtenden - verweist wiederum darauf, dass – bei aller Brisanz der Weltlage in Bezug auf soziale Ungleichheit, Kriege und eine noch nie dagewesene Zahl von Flüchtenden sowie die drohende massive weltweite Klimaveränderung (vielleicht auch Klimakatastrophe) – der strikte neoliberal-kapitalistische Kurs beibehalten und ausgebaut werden soll.

In Österreich spiegelt sich dieser Kurs auch im neuen Regierungsprogramm wider. *Lisa Mittendrein* von *Attac Österreich* dazu: „*Das neue Regierungsprogramm ist in der Wirtschafts- und Sozialpolitik neoliberal, in der Migrations- und Sicherheitspolitik autoritär und rassistisch ... SPÖ und ÖVP sind so weit nach rechts gerückt, dass inzwischen weite Teile des österreichischen Parteiensystems dieselbe rassistische, autoritäre und neoliberale Politik vertreten.*“¹⁰⁾

Selbst die Entwicklungszusammenarbeit wird dem neoliberalen Projekt untergeordnet. So berichtet die Redaktion des *Kontrast-Blogs*: „*Im Bereich der Entwicklungshilfe wurde der Entwicklungspolitische Beirat abgeschafft und durch ein Beratungsforum für Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich ersetzt. Darin vertreten sind u.a. die Erste Bank, die Industriellenvereinigung, die OMV und die Wirtschaftskammer. Gewerkschaften oder NGOs, die im Entwicklungspolitischen Beirat vertreten waren, sind nicht mehr dabei. Auch die Austrian Development Agency (ADA), die für das Außenamt die Entwicklungsgelder verwaltet, wurde unter Kurz neu*

ausgerichtet. Sie investiert jetzt zunehmend in „Wirtschaftspartnerschaften“ – so nennt die ADA die Förderung von Unternehmensprojekten in Entwicklungsländern. Bei genauerem Hinschauen darf der Beitrag der Unternehmen zur Entwicklung der jeweiligen Länder bezweifelt werden – die Gelder sind eher ein Beitrag zur Entwicklung von Unternehmen.“¹¹⁾

Macht und Manipulation

Da sich das gängige Verständnis von Demokratie auf das Ankreuzen der einen oder anderen Partei am Wahltag beschränkt, ist die kritische NGO-Landschaft von Menschenrechts-, Frauen-, Friedens- oder Umweltorganisationen für Regierungen lästig, weil Fehlentwicklungen aufgezeigt und Forderungen gestellt werden. Erwünscht sind lediglich karitative oder kulturelle Vereine und Initiativen, die dem Staat Arbeit abnehmen und/oder Geld sparen. Politische Partizipation ist unerwünscht, weil die Vorstellungen der kritischen Zivilgesellschaft dem neoliberalen Kurs der Regierungen meist diametral entgegenstehen.

Ein neues Niveau hat die Auseinandersetzung dieser ambivalenten Player unlängst in Österreich mit der Diskreditierung von NGOs in Bezug auf das Engagement zur Rettung von Flüchtenden vor dem Ertrinken im Mittelmeer erreicht. Nun könnte man argumentieren, dass die Regierung ja gewählt ist und auch Umfragewerte über die Beliebtheit von Politiker_innen darauf hinweisen, dass die Bevölkerung mehrheitlich restriktive Maßnahmen wie die Schließung der „Balkanroute“, den Bau von Zäunen oder die Errichtung von Lagern in außereuropäischen Ländern gutheißt.

Gerade in dieser Diskussion wird sehr deutlich, dass unsere Demo-

kratie mehr Schein als Sein ist. Denn erstens ist die wie ein allgemeiner Konsens verbreitete Annahme, dass Österreich in Sachen Hilfe für Flüchtende genug getan hat, empirisch nicht erwiesen. Zweitens haben es Medien, Politik und insbesondere rechte Protagonist_innen geschafft, trotz der grauenhaften Bilder, die uns aus Syrien oder Irak erreichen, die Menschen, die sich auf den Weg nach Europa gemacht haben, als *Immigrant_innen* oder – noch mehr abwertend – als „Wirtschaftsflüchtlinge“ darzustellen. Mit dem mantrahaften Herausstreichen von kulturellen Unterschieden werden zudem Menschen, insbesondere aus dem Nahen Osten und aus Afrika, per se als rückständig, frauenfeindlich, nicht vertrauenswürdig bis kriminell oder potenziell gewalttätig dargestellt. Die Themen Integration, Kopftuch, Deutschkurse etc. sind im öffentlichen Diskurs allgegenwärtig und werden bis zum Erbrechen wiedergekauft.

Was für ein Meisterstück der Manipulation! Denn hinter diesen vorgeschobenen Themen kann am neoliberalen Kartenhaus weitergebastelt werden, ohne dass es allzu sehr auffällt. Wie vielen Menschen fällt bei den hitzigen Diskussionen schon auf, dass steuerhinterziehende Konzerne sehr viel mit den eigenen Lebensumständen zu tun haben, eine vollverschleierte Frau im öffentlichen Raum aber herzlich wenig. Dass durch die Digitalisierung möglicherweise die Hälfte aller Arbeitsplätze in Zukunft verlorengeht, sollte eigentlich für die Arbeitnehmer_innen interessanter sein als ein Kopftuchverbot am Arbeitsplatz. Und dass bei einem Terroranschlag in einem europäischen Land vielleicht einmal Menschen getötet werden mit Waffen, die vorher aus Europa in ein Land im Nahen Osten oder in Afrika exportiert wurden, darüber liegt ein Mantel des Schweigens. Und auch

darüber, dass durch die lukrativen Waffengeschäfte die fürchterlichen Kriege und damit die Fluchtbewegungen erst verursacht werden, wird im Vergleich zu unwesentlichen, aber verführerisch einfachen Themen wenig diskutiert.

Kurz gesagt – die Aufmerksamkeit wird auf möglichst unwichtige Themen gelenkt, bei denen möglichst viele Menschen möglichst emotional mitdiskutieren können, ohne sich die Mühe machen zu müssen, sich in eine komplizierte Thematik zu vertiefen. Die Diskussion um Freihandelsabkommen beschränkt sich zum großen Teil auf Chlorhühner und Genmais und weniger auf die schleichenden Wege, Arbeitsrechte einzuschränken. Wenn sich dann die Masse der arbeitenden Bevölkerung in prekären Arbeitsverhältnissen wiederfindet und noch mehr arbeiten muss, um sich das Leben leisten zu können, und folglich noch weniger Zeit hat, sich mit politischen Themen zu befassen, schließt sich der Kreislauf der Manipulation.

Wenn weiter oben geschrieben steht, dass die Regierungen die kritische Zivilgesellschaft mit unliebsamen Forderungen ins Leere laufen lassen, gilt das nur bis zu einem gewissen Punkt. Wer hier eine rote Linie überschreitet, bekommt die volle Gewalt des Systems zu spüren. Der Umgang mit *Whistleblowern* ist wohl das offensichtlichste Beispiel. Sie fordern die Staatsmacht und mächtige Konzerne heraus. Hier ist es besonders schmerzlich, dass die Gesellschaften, denen sie einen so wichtigen Dienst erweisen, nicht in der Lage sind, sie vor der Staatsgewalt zu schützen. Vielleicht wird sich das zumindest in Europa ändern. Die Europäische Kommission hat nach der Verurteilung der Aufdecker des Luxemburger Steueroasen-Skandals eine Konsultation eingeleitet, die als Vorbereitung auf ein Gesetz



zum Schutz von Whistleblowern dienen soll. Ob es tatsächlich beschlossen wird, bleibt abzuwarten.¹²⁾

Kapitalismus und die nicht endwollende Militarisierung

„Wenn die Globalisierung funktionieren soll, darf sich Amerika nicht davor fürchten, als die unüberwindliche Supermacht zu handeln, die es in Wirklichkeit ist... Die unsichtbare Hand des Marktes wird ohne sichtbare Faust nicht funktionieren. McDonald's kann nicht expandieren ohne McDonnell Douglas, den Hersteller der F-15. Und die sichtbare Faust, die die globale Sicherheit der Technologie des Silicon Valley verbürgt, heißt US-Armee, US-Luftwaffe, US-Kriegsmarine und US-Marinekorps“, stellte Thomas Friedman, Sonderberater der ehemaligen US-Außenministerin Madeline Albright, 1999 fest.

Zutreffender kann man den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Militarismus wohl kaum formulieren. Die Strategie, ökonomische Prosperität durch Waffen abzusichern, trifft bei weitem nicht nur auf die USA zu. So berichtet Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung über den Implementierungsplan für die EU-Globalstrategie, vorgelegt im November 2016 von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, dass der Plan „ein ambitioniertes Einsatzspektrum und daraus abgeleitet ein größeres militärisches Anforderungsprofil und die Forderung nach einer „besseren“ Finanzierung des EU-Militärapparates enthielt...“¹³⁾ - woran derzeit auch fleißig gearbeitet wird. In Bezug auf die NATO stellt Jürgen Wagner fest: „Die Allianz setzt die grundlegenden Interessen ihrer Mitgliedsstaaten durch und das war auch von Beginn an ihr hauptsächliches Ziel – sicherzustellen, dass die Strukturen der hierarchischen

Ordnung und Ausbeutung der herrschenden Weltordnung auf lange Sicht aufrecht erhalten werden: Die tatsächliche Relevanz der Allianz basiert auf ihrer Fähigkeit, liberale Demokratien in einer unbeständigen Welt zusammenzuschließen und die Stabilität und das Wohlergehen der nordatlantischen Region abzusichern.“¹⁴⁾

Die Gewaltstruktur des Krieges zur Absicherung von Reichtum und Macht wurde vom demokratischen Establishment – egal ob Länder konservativ oder sozialdemokratisch regiert – und von den Wirtschaftseliten während der letzten Jahrzehnte ausgebaut. Historische Chancen zur Entwicklung eines stabilen Friedens wurden nicht genutzt.

Trump, Erdoğan und Orban bieten eine Vorschau auf das, was der Welt blüht, wenn sich der rechtsrechte autoritäre Trend weiter fortsetzt. Aber so, wie Adolf Hitler nicht als Naturkatastrophe vom Himmel gefallen ist, sondern auf vorhandenen Gewaltstrukturen und einer Kriegskultur aufbauen konnte, so brauchen wir uns nicht über die Sprüche und Handlungen von Rechtsdemagog_innen zu wundern: Sie setzen lediglich der vorhandenen Gewaltkultur noch das i-Tüpfelchen auf.

Aus den Katastrophen der beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts wurde nichts gelernt, nachhaltige und gerechte Friedensstrukturen nicht aufgebaut. Das Motto „Wer den Frieden will, rüste für den Krieg“ war und bleibt schlicht falsch. Nun könnte diese kapitalistische Kriegsideologie zu einer direkten Konfrontation zwischen Russland, dessen Präsident ebenso gefährliche Ambitionen hat, und den USA führen und damit die Welt wieder einmal gefährlich nahe an eine Katastrophe führen.

Wir brauchen Strukturen eines gerechten und nachhaltigen Friedens. Mit den derzeitigen politischen Akteuren_innen ist das nicht möglich. Und es reicht bei weitem nicht, das „kleinere Übel“ zu wählen, denn dieses steht schon selbst bedenklich weit auf einem autoritären Weg.

Irmgard Ehrenberger ist Geschäftsführerin im Internationalen Versöhnungsbund.

- 1) Die Presse: <http://bit.ly/2oX3J6i>
- 2) Salon: <http://bit.ly/2os0Rgl>
- 3) Süddeutsche: <http://bit.ly/2o5SSD0>
- 4) Zeit online: <http://bit.ly/2o5SSD0>
- 5) Blaetter.de: <http://bit.ly/2psA4OE>
- 6) Deutschlandfunk: <http://bit.ly/2nDqcVQ>
- 7) Netzpolitik.org: <http://bit.ly/2ILsKP1>
- 8) Amnesty Int.: <http://bit.ly/2j0JYa0>
- 9) <https://epicenter.works/>
- 10) Mosaik-blog: <http://bit.ly/2kMGyS>
- 11) Kontrast-blog: <http://bit.ly/2os9rM3>
- 12) Nototaxhavens.eu: <http://bit.ly/2oolB7g>
- 13) imi-online: <http://bit.ly/2o4u11C>
- 14) Jürgen Wagner: NATO's 360 Degree Approach: Heading Towards Confrontation with Russia and the Rest of the World, in 360°-NATO: Mobilization on all Fronts, S. 13: <http://bit.ly/2oWVlTW>

Aus Platzgründen wurden die Adressen der Webseiten gekürzt. Bei etwaigen Fragen oder Problemen bitten wir um Kontaktaufnahme mit dem Büro!

Demokratie und Kapital

Gedanken zu einem grundsätzlichen Gegensatzpaar

von Hannes Hofbauer

Wir kennen es als Konstante jeder medialen Berichterstattung. Stehen Wahlen bevor, dann erklären die meinungsbildenden Medien dem aufmerksamen Publikum, dass – angeblich – unumgänglich notwendige Maßnahmen verschoben werden müssen. Beschlüsse über Sparvorhaben im Sozialbereich, euphemistisch „Reformen“ genannt, werden nie vor Wahlgängen gefasst. Mit dem Titel „*Erst Wahlen, dann Reform*“ überschrieb beispielsweise am 9. März 2017 der Wiener *Standard* seine erklärenden Ausführungen, warum EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seinen großen Plan für ein EU-Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten erst im Herbst vorstellen werde. Es gilt, die Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland abzuwarten. Oder, wie es dazu im *Standard* hieß: „*Erschwerend ist, dass in den Schlüsselländern Frankreich und Deutschland Wahlen unmittelbar bevorstehen.*“

Ganz generell haben wir uns daran gewöhnt, dass in Vorwahlzeiten eine Schonfrist für einschneidende Gesetzesänderungen gilt. Dem hehren demokratischen Gedanken widerspricht dies freilich, sollten doch gerade wichtige gesellschaftliche Vorhaben breit diskutiert und dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Und wann ginge dies besser als vor dem Urnengang?

Umgekehrt gilt in Vorwahlzeiten auch das medial verbreitete und weitgehend allgemein akzeptierte Einverständnis, dass Stellungnahmen von Politiker_innen nicht ernst zu nehmen seien. Mit der Bemerkung „*Der ist schon im Wahlkampf-*

modus“ wird die Aussagekraft jedes Politikers und jeder Politikerin medial gegen Null reduziert. Das Wort „*Wahlversprechen*“ ist zum Synonym für Täuschung verkommen. Dies war erst unlängst wieder zu bemerken, als dies- und jenseits des Atlantiks die großen Medienkonzerne es nicht begreifen konnten, dass der frisch gewählte US-Präsident daran ging, einige seiner Wahlversprechen tatsächlich einzulösen. Donald Trump muss sich wohl erst an den in der politischen Klasse gängigen Usus gewöhnen.

Hinter diesem verächtlichen Umgang mit dem zentralen demokratischen Instrument unserer parlamentarischen Systeme steckt das unausgesprochene Selbstverständnis, dass der Gesellschaft eine alternativlose Entwicklung eingebrannt sei, die wirtschaftlichen Vorgaben eines von kapitalistischer Akkumulation getriebenen Wachstums zu folgen hätte. Einzig die immer mächtiger werdenden Konzerne könnten dies gewährleisten. Als Auftakt für dieses neoliberale Zeitalter kann der Slogan „*There is no Alternative*“ der britischen Konservativen Margaret Thatcher gesehen werden, dessen Akronym *TINA* Anfang der 1980er Jahre zum Markenzeichen ihrer Regierungszeit wurde. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama toppte dann die Floskel von der Alternativlosigkeit einer wirtschaftsliberalen Politik mit seiner 1992 formulierten These vom „*Ende der Geschichte*“, die er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion postulierte. Sie war für ihn offensichtlich die einzig verbliebene Systemalternative gewesen.

Was einer zwischenzeitlich auch

von Sozialdemokrat_innen und Grünen als alternativlos dargestellten Wirtschaftsform gefährlich werden könnte, ist der Volkswille. Wie das schon klingt: Volkswille. Kaum getraut man sich das Wort zu wiederholen. Und tatsächlich existiert eine immer tiefer werdende Kluft zwischen dem, was das angeblich alternativlose Wachstumsmodell verspricht, und dem, was von den Versprechen bei den Menschen ankommt. Der Widerspruch zwischen Kapitalinteresse und Volkswille wird für immer mehr gesellschaftliche Schichten spürbar.

Vom nationalen Parlament zur supranationalen Kommission

Bereits das Delegiertensystem unserer parlamentarischen Demokratie ist, sagen wir es vorsichtig, nicht vor Missbrauch gefeit. Zwischen Wählerwille und Volksvertretung ist viel Platz für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen; nicht selten gelingt es sogenannten Lobbyisten, parlamentarische Entscheidungen zu beeinflussen oder herbeizuführen, ohne damit das Wahlvolk zu belästigen.

Auf der Ebene der Europäischen Union ist eine demokratische Entscheidungsfindung schon von ihrer Struktur her unmöglich. Allein die Tatsache, dass nationale Exekutiven – also Ministerpräsident_innen und Minister_innen – in der supranationalen EU sich zur Legislative ermächtigen, widerspricht dem Grundprinzip der Gewaltenteilung. Die Minister – lateinisch für „*Diener*“ – der einzelnen Staaten sind nämlich von den nationalen Volksvertreter_innen dazu bestimmt wor-



den, die in den Parlamenten beschlossenen Gesetze auszuführen, zu exekutieren; stattdessen maßen sie sich in Brüssel an, den übernationalen EU-Rat zu bilden, der seinerseits die Kommission bestimmt. Das EU-Parlament spielt auch nach den Geschäftsordnungsänderungen von Lissabon eine vergleichsweise unbedeutende Nebenrolle.

Weil es in Brüssel strukturbedingt keine demokratische Kontrolle gibt, herrscht das Recht des (wirtschaftlichen) Stärkeren auf mehr oder minder direkte Weise. Deshalb ist auch die Vorhalle – die Lobby – gar nicht mehr der Platz, an dem Partikularinteressen formuliert werden; vielmehr sind Tausende von Konzernvertreter_innen in der belgischen Hauptstadt damit beschäftigt, ihre Wünsche als vorbereitete Gesetzestexte an die Kommission zu leiten und sie für ihr Geschäftsmodell mit angenehm klingenden Adjektiven wie nachhaltig, umweltfreundlich oder transparent zu versehen. In Brüssel herrscht, schiebt man die Kulissen einer zur Fassadendemokratie verkommenen Herrschaft beiseite, die Diktatur des Kapitals. Diese folgt den vier wesentlichen Prinzipien der kapitalistischen Freiheit: dem uneingeschränkten und von potenziellen politischen Interventionen nicht zu behindernden freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft, wobei über die mit dem Unwort „Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit“ versehene Freiheit zur Zeit überall heftig gestritten wird.

25 Jahre nach dem Vertrag von Maastricht (1992), der eine Durchsetzung des ökonomischen Primats und eine Selbstentmachtung der Politik mit sich gebracht hat, ist die Behauptung zulässig, dass es sich hierbei nicht um einen demokratiepolitischen Fehler, sondern um eine bewusst verordnete Orientierung handelt. Spätestens seit

damals steht fest, dass die Europäische Union ein System der ökonomischen Konvergenz bei gleichzeitiger sozialer (und steuerpolitischer) Divergenz darstellt. Mittlerweile ausgeleiert klingende Stellungnahmen von Gewerkschafter_innen und Sozialdemokrat_innen, aus dem EU-Konstrukt eine soziale Union machen zu wollen, haben angesichts der Wirklichkeit jede Glaubwürdigkeit verloren.

Neudefinition der Demokratie

Um den Ist-Zustand sowohl in Westeuropa als auch in Nordamerika dennoch als Demokratie verkaufen zu können, bemühen sich die Ideolog_innen des Neoliberalismus um die Neudefinition des Demokratiebegriffes und die Implementierung eines entsprechenden Weltbildes. Der griechische Wortstamm *demos* – Volk – soll vergessen gemacht werden, indem man ihn mit dem Beiwort „national“ kombiniert und beides gemeinsam diskreditiert. Sein lateinisches Pendant – *populus* – gerät im Zusammenhang mit politischen Zuordnungen als Rechts- bzw. Linkspopulist_innen zum Schimpfwort für alle, die sich nicht der neuen Doktrin fügen wollen.

Der neue, politisch einzig korrekte Gebrauch von Demokratie muss dem Zeitgeist entsprechend untrennbar mit dem Adjektiv „liberal“ verbunden sein. Nur eine „liberale Demokratie“ ist in dieser Sichtweise eine echte Demokratie. Einer der prominentesten und lautstärksten US-amerikanischen Journalisten, Fareed Zakaria, Chefredakteur des führenden außenpolitischen Organs *Foreign Affairs*, zehn Jahre Chefredakteur von *Newsweek* und Chefkomentator bei *CNN* und *ABC*, hat dazu bereits Ende 1997 einen programmatischen Aufsatz geschrieben. In „*The Rise of illiberal Democracy*“ warnt er vor dem Aufkommen von unkon-

trollierbarem Volkswillen rund um die Welt, indem er demokratische Mehrheitsfindungen in Dutzenden von Ländern – von Peru und Argentinien über Rumänien und die Slowakei bis nach Bangladesch und die Philippinen – als gefährlich brandmarkt. Seiner Meinung nach bedarf Demokratie (wie er sie versteht und das vom Kapital getriebene System sie braucht) eines „konstitutionellen Liberalismus“, um als liberale Demokratie anerkannt zu werden. Ehrlicher Weise interessiert ihn dabei nicht, „wie es zur Auswahl von Regierungen kommt, eher schon, welches Ziel diese Regierungen haben.“ Und weiter: „Wahlen sind wichtig, aber sie sind nicht die einzige Tugend. Regierungen sollten (von der US-Außenpolitik, d.A.) nach ihrer Reife in Hinblick auf konstitutionellen Liberalismus beurteilt werden.“ Darunter zu verstehen ist an oberster Stelle der Schutz von Eigentum und die Investitionssicherheit. Wer das nicht garantieren kann oder will, ist illiberal, mithin in der Welt des Neoliberalismus illegitim.

Diese Definition der Demokratie als ausschließlich liberale, wirtschaftsliberale, hat zwischenzeitlich weite Kreise bin hinein in die Linke gezogen. Der britische Politikwissenschaftler *Colin Crouch* beschreibt in seinem 2003 erstmals auf italienisch – und 2008 auf deutsch – erschienenen Buch „*Postdemokratie*“ die Umdeutung von Volksherrschaft für wirtschaftsliberale Zwecke, die politische Interventionen in ökonomische Prozesse verunmöglichen soll. Sein gesellschaftlicher Befund kommt im Titel des Buches zum Ausdruck: Wir leben in postdemokratischen Verhältnissen.

Die kritische Öffentlichkeit nimmt diesen Zustand weitgehend phlegmatisch zur Kenntnis. Weil sich viele ihrer Wortführer_innen in herrschende Strukturen, insbesondere in jene der EU, kooptieren haben lassen, werden Debatten über den

undemokratischen Charakter der „liberalen Demokratie“ in weiten Kreisen tabuisiert. Durch den selbst verordneten Maulkorb der Linken schwimmt die politische Rechte auf der Erfolgswelle. Wer allerdings erst in diesem Moment den um sich greifenden Rassismus beklagt, muss sich fragen lassen, was er zuvor zur schleichenden Abschaffung des Volkswillens gesagt hat. Kapital und Demokratie, das wussten schon unsere Altvorden, passen nicht zusammen.



Hannes Hofbauer, geboren 1955 in Wien, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte und arbeitet als Publizist und Verleger.

Von Hannes Hofbauer ist im Jahre 2015 zum Thema erschienen: *Die Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter*. ISBN: 978-3-85371-376-1; Promedia 2014. 240 S.

AKTIV SEIN IM VERSÖHNUNGSBUND!

Jedes Engagement zählt - wir freuen uns, wenn du unsere Arbeit für Frieden und Gewaltfreiheit unterstützen willst!

• **MITGLIED WERDEN!** – Als Mitglied beim Internationalen Versöhnungsbund, österreichischer Zweig, setzt du ein Zeichen für die **Gewaltfreiheit**. Du bekommst am Anfang des Jahres unseren Jahresbericht und vierteljährlich unsere Zeitschrift „Spinnrad“ zugesandt. Außerdem halten wir dich durch unseren monatlichen Email-Newsletter sowie durch Veranstaltungstipps auf dem Laufenden, damit du immer weißt, was bei uns im Moment los ist (Mitgliedsbeitrag €45, ermäßigt €30 pro Jahr).

- Bist du noch kein Mitglied?

Unter <http://www.versoehnungsbund.at/mitglied-werden/> kannst du das ändern!

- **Du bist bereits Mitglied?** Vielleicht kennst du ja Menschen, die ebenfalls an Gewaltfreiheit interessiert sind und beim VB Mitglied werden oder das „Spinnrad“ abonnieren wollen!

• **SPENDEN!** - Eine **Spende ermöglicht unsere Arbeit für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte!** Als unabhängiger Verein wird die Arbeit des Versöhnungsbundes zum größten Teil durch Beiträge und Spenden unserer Mitglieder, Förderer und Förderinnen finanziert, dabei **zählt jeder Beitrag** (Kontoinformationen können dem beiliegenden Zehlschein entnommen werden)!

• Möglichkeiten zur **freiwilligen MITARBEIT!** - Wir freuen uns immer über Menschen, die sich mit ihren Interessen und Fähigkeiten bei uns einbringen wollen. In folgenden Bereichen würden wir uns derzeit über helfende Hände freuen – auch wenn die Mitarbeit nur gelegentlich stattfindet:

- **Spinnrad:** Die Möglichkeiten sich bei der 4x im Jahr erscheinenden Zeitschrift einzubringen sind vielseitig: Versandtätigkeit im Büro, Verfassen von Artikeln, Redaktion und Lektorat. Melde dich einfach bei uns!

- Mitarbeit in den **Arbeitsgruppen zu unseren Programmen:** Unsere Programme findet ihr in unserem Leitbild www.versoehnungsbund.at/leitbild/.

Nähere Auskünfte dazu geben wir gerne auf Anfrage!

Bei Interesse bitten wir um Kontaktaufnahme unter

E-mail: office@versoehnungsbund.at

Tel.: 01 - 408 5332



Nationale Wahlbeobachtung als Beitrag zur Demokratie(sierung)

von Iris O'Rourke, Paul Grohma, Michael Lidauer, Armin Rabitsch

Überblick

Wahlbeobachtung ist einer breiteren Öffentlichkeit vor allem im internationalen Kontext bekannt. Wahlbeobachter_innen aus EU-Mitgliedsstaaten sind im Rahmen von EU-Missionen insbesondere in afrikanischen, asiatischen oder südamerikanischen Ländern im Einsatz, jene aus OSZE-Mitgliedstaaten in anderen OSZE-Ländern (vor allem im zentralasiatischen/postsowjetischen Raum). Anhand der Ergebnisse dieser Missionen können u.a. demokratische Fort- oder Rückschritte, die Legitimität des Wahlprozesses oder die Ausgewogenheit der Medienberichterstattung bewertet werden.

Darüber hinaus gibt es jedoch auch in vielen europäischen Staaten nationale, einheimische Beobachtungsorganisationen, wie etwa in der Slowakei, Kroatien, Rumänien, Serbien und 14 weiteren Staaten Ost- und Zentraleuropas, die im *Europäischen Netzwerk von Wahlbeobachtungsorganisationen (ENEMO)* organisiert sind. Wahlbeobachtung kann nämlich nicht nur als außenpolitisches Instrument zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten außerhalb Europas genutzt werden, sondern auch in bereits etablierten Demokratien gute Praktiken stärken.

Nationale Wahlbeobachtung kann als Kontrollmechanismus unterschiedliche Herangehensweisen an Problemstellungen vergleichen und Mängel sowie alternative Lösungen aufzeigen. Die jüngsten Geschehnisse rund um die Bundespräsidentenwahl 2016 zeigen, dass auch das österreichische Wahlsystem nicht frei von Fehlern

ist. Die Verschiebung der Stichwahl hat verdeutlicht, dass die Gesetzeslage nicht ausreichend war, um auf Fehler und Pannen zeitgerecht zu reagieren. Die Wahlverschiebung war also die einzige Möglichkeit, grundsätzliche demokratiepolitische Prinzipien zu wahren und das Wahlrecht aller Wahlberechtigten zu schützen. Die dazu unmittelbar notwendigen Gesetzesänderungen sollten aber nicht den Blick auf weiterführende Wahlreformen verstellen. Dazu gehört auch die Etablierung der Möglichkeit nationaler Wahlbeobachtung in Österreich, die seit 2010 auch wiederholt von der OSZE vorgeschlagen wurde.

Nationale Wahlbeobachtung kann als Instrument dazu dienen, einen inklusiven Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zu eröffnen, der es ermöglicht, das Wahlrecht funktioneller zu gestalten, es den Bedürfnissen einer im Wandel befindlichen Gesellschaft anzupassen und den internationalen Verpflichtungen Österreichs (u.a. im Rahmen der OSZE) gerecht zu werden. In diesem Sinne ist Wahlbeobachtung keine Strafmaßnahme, sondern ein probates Mittel zur Stärkung der Demokratie und eine Chance zur Förderung parteiunabhängiger politischer Partizipation. Es handelt sich dabei nicht um eine Kontrolle der durchführenden Instanzen, sondern um einen konstruktiven Dialog, der auf eine Optimierung der Prozesse ausgerichtet ist. Zudem können Berichte von Wahlbeobachter_innen herangezogen werden, um die Richtigkeit und Legitimität einer Wahl zu bestätigen.

Die Initiative

wahlbeobachtung.org – eine unabhängige, unparteiische, zivilgesellschaftliche Arbeitsgemeinschaft österreichischer Wahlbeobachter_innen und -expert_innen mit internationaler Wahlerfahrung – verfolgt daher das Ziel, konstruktiv zur Verbesserung der österreichischen Wahlprozesse und des Wahlsystems beizutragen. Die Initiative zeigt durch Beobachtung und Bewertung des österreichischen Wahlprozesses Abweichungen von internationalen Verpflichtungen auf und trägt durch Empfehlungen konstruktiv zur Verbesserung des österreichischen Wahlsystems und Wahlprozesses im Besonderen und des politischen Systems im Allgemeinen bei. Im Januar 2017 hat wahlbeobachtung.org einen aktualisierten Vorschlagskatalog mit 37 Empfehlungen für eine Wahlrechtsreform in Österreich ausgearbeitet, auf der gleichlautenden Webseite veröffentlicht und maßgeblichen politischen Akteur_innen, den Medien und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Die Empfehlungen basieren auf OSZE/ODIHR- und Europarat/GRECO-Berichten sowie dem Fachwissen und den Erfahrungen der Arbeitsgemeinschaft.

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zur Wiederholung der Bundespräsidentenstichwahl hat Probleme in den österreichischen Wahlprozessen zu Tage gebracht, die schon länger einer Lösung bedürfen. Die Wiederholung und Verschiebung der Stichwahl haben das Vertrauen der Wähler_innen in die professionelle Durchführung der Wahlen geschmälert. Ein umfassender Wahlreformprozess, der Änderungen auf der Grundlage

dieses Vorschlagskatalogs aufgreift, könnte das Vertrauen von Wähler_innen in die demokratische Legitimierung und Integrität der Wahlprozesse sowie ihr Interesse an der Teilhabe daran stärken. Insofern kann das Hinterfragen gegenwärtiger Praktiken als Chance für künftig weitreichendere Reformen verstanden werden.

Dem Vorschlagskatalog gingen zahlreiche Meetings mit Behörden, politischen Vertreter_innen und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen voraus, und die Veröffentlichung wurde medial und politisch begleitet.

In den Tagen vor und nach der wiederholten Bundespräsidentenwahl am 4. Dez. 2016 traf das Team von wahlbeobachtung.org VertreterInnen der Bundeswahlbehörde, des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes, des Rechnungshofes, sowie des Renner-Instituts, der Politischen Akademie und der Grünen Bildungswerkstatt. Weiters traf das Team VertreterInnen anderer zivilgesellschaftlicher Initiativen wie Forum Informationsfreiheit und Offene Wahlen Österreich und nahm am Gov Bar Camp und am Medien Bar Camp in Wien teil. Das Team erläuterte auch den vier OSZE-WahlexpertInnen, die anlässlich der Bundespräsidentenwahl 2016 in Österreich waren, die Empfehlungen von wahlbeobachtung.org und unterstrich die Forderung der Zulassung österreichischer WahlbeobachterInnen.

Im Radio war wahlbeobachtung.org zu Gast bei FM4 und Ö1 und sprach insbesondere über die Notwendigkeit, BürgerInnen mehr in den Wahlprozess einzubinden, um ihr Vertrauen in diesen zu stärken. Auch der Standard, die Tiroler Tageszeitung, die Furche und News berichteten über wahlbeobachtung.org und die Reformvorschläge. Auch alle im Parlament vertretenen Parteien erhielten den

Vorschlagskatalog und zeigten unterschiedlich ausgeprägtes Interesse daran, die Vorschläge weiter zu verfolgen.

Die Reformvorschläge

Ähnlich wie ein Bericht im Rahmen internationaler Wahlbeobachtungsmissionen deckt der aktuelle Empfehlungskatalog die Bereiche Wahlreformprozess, Wahlrecht, Wahlsystem, Wahladministration, Wahlkosten, Wählerregistrierung, Registrierung von Parteien und Kandidat_innen, Wahlkampf- und Parteienfinanzierung, Briefwahl, Wahltag, Medien, Beschwerden und Einsprüche, politische Bildung und Wähler_inneninformation sowie nationale und internationale Wahlbeobachtung ab. Der Vorschlagskatalog ist zusammen mit anderen Referenzdokumenten auf wahlbeobachtung.org zu finden.

Im Zuge angedachter Reformen der Wahlgesetzgebung könnte eine Vereinfachung, Vereinheitlichung und Harmonisierung der Wahlgesetzgebung auf Bundes- wie auch auf Landesebene in Erwägung gezogen werden. Es ist wichtig, dass künftige Wahlrechtsreformen auch entsprechende Empfehlungen der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte* (OSZE/ODIHR) und des Europarates/der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) umsetzen und den internationalen Verpflichtungen im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE sowie des Europarats/der Venedig-Kommission entsprechen.

Wahlprozessreformen sollten möglichst inklusiv und konsultativ sein und zusätzlich zur Bundeswahlbehörde, den Parlamentsparteien und der Wahlabteilung im Bundesministerium für Inneres auch andere Vertretungskörper, unabhängige Expert_innen und zivilgesellschaftliche Gruppen miteinbeziehen.

Das Wahlsystem sollte ein Spiegel der Gesellschaft sein und sich wie diese auch verändern sowie den Prinzipien der Verfassung und den darin verankerten Grundrechten entsprechen. Die Einführung eines zentralen Wähler_innenregisters wurde bereits im Parlament beschlossen, und dessen Verwendung ist für Beginn 2018 vorgesehen. Maßnahmen zur besseren Förderung von Frauen im Parlament könnten etwa an positive Anreize in der Parteienförderung gekoppelt werden. Die Verteilung und Berechnung der Direktmandate gemäß der Bevölkerungsstärke von Regionalwahlkreisen wäre im Sinne der Chancengleichheit speziell für kleinere Parteien und unabhängige Kandidat_innen zu überdenken.

Die steigende Nutzung der Briefwahl im In- und Ausland ebenso wie Unsicherheitsfaktoren bei besonderen Wahlkommissionen (fliegenden Behörden) verlangen mehr Sicherheit und Transparenz im Umgang mit Wahlkarten. Diese sollten bereits am Wahltag in den einzelnen Wahlsprengeln ausgezählt werden, um genaue und rasche Ergebnisse zu erhalten. Um allen Wähler_innen bundesweit gleiche Wahlmöglichkeiten zu bieten, sollten die Öffnungs-, Schließ- und Auszählungszeiten der Wahllokale angepasst und vereinheitlicht werden. Alle Sprengelwahlergebnisse sollten vor Ort als auch zeitnah digital und zentral veröffentlicht werden. Die Möglichkeiten und der Zeitrahmen für die persönliche Stimmabgabe mittels Wahlkarte an den Magistraten/am Gemeindeamt vor dem eigentlichen Wahltag sowie die Einführung eines zusätzlichen Vorwahltages sollten erwogen werden.

Um das System der Wahlbeisitzer_innen zu gewährleisten und zu stärken, sollten die Kriterien für Wahlbeisitzer_innen weiter geöffnet werden. Es könnte erwogen



werden, eine Mischform einzuführen, die sowohl Vertreter_innen politischer Parteien als auch Vertreter_innen der Zivilgesellschaft einbezieht. Dies könnte auch als Maßnahme dienen, das Interesse von Bürger_innen (vor allem junger Menschen) an der Teilnahme am politischen und demokratischen Prozess abseits von Parteizugehörigkeit zu stärken. Die Bestellung von Beisitzer_innen in Wahlbehörden von Wahlsprengeln sollte durch eine gerechte, einheitliche Entschädigung, kohärente Trainingscurricula und entsprechende Rechtssicherheit verbessert werden.

Um allen Parteien die gleichen Chancen einzuräumen und ein verständliches, umfassendes Regelwerk für den politischen Wettbewerb zu gewährleisten, sollten Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Wahlkampf- und Parteienfinanzierung vertieft werden. Dies könnte angepasste Obergrenzen für Wahlkampfausgaben, wirksamere Sanktionen im Falle von Überschreitungen sowie eine bessere Regelung und frühere Offenlegung der Einkünfte und Ausgaben während und unmittelbar nach dem Wahlkampf beinhalten. Es wäre angebracht, dem Rechnungshof und dem Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat weitere Befugnisse einzuräumen, um Parteien- und Wahlkampffinanzierung eingehender zu prüfen und effektiv zu sanktionieren, so wie von Europarat/GRECO gefordert.

Die österreichischen Medien üben ihre Selbstverpflichtung zu fairer Wahlberichterstattung zumeist vorbildlich aus. Die Zuständigkeiten und rechtlichen Grundlagen für den Umgang mit sozialen Medien in Bezug auf die Verkündung von Wahlergebnissen, Wählerbeeinflussung und angemessene Sprache (bzw. *hate speech*) sollten jedoch besser geklärt werden. Schulen, private und öffentliche Bildungsein-

richtungen, Parteiakademien, zivilgesellschaftliche Vereine sowie die Wahlabteilung des Bundesministeriums für Inneres könnten verstärkt Wähler_inneninformation, insbesondere für Erstwähler_innen, anbieten.

Conclusio

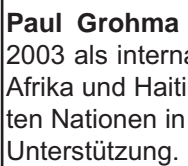
Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Beobachtung und Bewertung von Wahlprozessen sind auch in europäischen Ländern wichtig, um Entscheidungsträger_innen, Gesetzgeber_innen und der breiteren Öffentlichkeit den Istzustand im Vergleich zu internationalen Verpflichtungen (UN, OSZE, Europarat) zu vermitteln und Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten und vorzustellen.

Bisher hat es noch keine zivilgesellschaftliche Initiative zur Beobachtung und Bewertung österreichischer Wahlen gegeben. Die österreichische Wahlgesetzgebung sieht derzeit eine Beobachtung von Wahlen durch österreichische Staatsbürger_innen oder zivilgesellschaftliche Initiativen nicht vor. Dies widerspricht internationalen Standards, denen sich die Republik Österreich im Rahmen internationaler und regionaler Vereinbarungen verpflichtet hat. Daher sollte in Österreich – nicht zuletzt als Gastland und derzeitigem Vorsitz der OSZE – die Möglichkeit nationaler Wahlbeobachtung gesetzlich verankert werden. Österreich könnte damit auch anderen Ländern als Vorbild dienen.

Über die Autor_innen



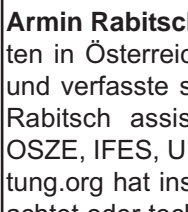
Iris O'Rourke ist Juristin und Kultur- und Sozialanthropologin. Sie hat für die OSZE und AEGEE Wahlen in Spanien, Bosnien und Herzegowina und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien beobachtet.



Paul Grohma arbeitet neben Ärzte ohne Grenzen seit 2003 als internationaler Wahlbeobachter mit Schwerpunkt Afrika und Haiti. Er war auch als Freiwilliger für die Vereinten Nationen in Burundi im Einsatz und leistete technische Unterstützung.



Michael Lidauer, ebenso wie Grohma Sozialanthropologe, hat seit 2003 Wahlen in 15 Ländern beobachtet und sich dabei auf Südostasien spezialisiert. Zwischen 2014 und 2016 war er Senior Elections und Conflict Advisor für die International Foundation for Electoral Systems (IFES) in Myanmar.



Armin Rabitsch ist Politologe und studierte an Universitäten in Österreich, Südafrika, Italien sowie Großbritannien und verfasste seine Doktorarbeit zur Afrikapolitik der EU. Rabitsch assistierte in der Wahldurchführung für die OSZE, IFES, UNDP und EU. Das Team von wahlbeobachtung.org hat insgesamt in über 50 Ländern Wahlen beobachtet oder technisch unterstützt.



Das Lager als Inbegriff des Ausnahmezustandes: Übergang zwischen Demokratie und Faschismus

von David Gamsjäger

Der italienische Philosoph **Giorgio Agamben** (geb. 1942) widmet sich in seinem Buch „*Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*“⁽¹⁾ unter anderem dem politischen Ort des Lagers – ein Ort, der für ihn paradigmatisch den Ausnahmezustand darstellt. Dem vorgelagert und in gewisser Weise dem Buch zugrunde liegend ist aber eine andere Frage: Was bedeutet *Leben* bzw. wie wird in Europa klassisch *politisches Leben* definiert?

Nach Agamben unterscheidet die europäische Denktradition zwischen dem bloßen – er nennt es das „*nackte*“ – Leben und dem *politischen* Leben, für dessen Schutz der Staat zuständig ist. Die antiken Griechen unterschieden in gewisser Weise zwischen einem „*Überleben*“, was eine private Angelegenheit, eine Angelegenheit der Familie war, und dem guten, gerechten Leben, was eine Angelegenheit des Staates, der Öffentlichkeit war.

Der entscheidende Schritt nach Agamben ist nun, dass der moderne Staat nicht mehr bloß in der Sphäre des öffentlichen Lebens auftritt, sondern direkt in die Sphäre des „*Überlebens*“ einwirkt. Das kann zu zweierlei Konsequenzen führen: Zum einen dazu, dass das Leben per se und bedingungslos als schützenswert angesehen wird, auf der anderen Seite öffnet sich mit der Hinwendung des Politischen in die Sphäre des nackten Lebens jedoch eine immense Gefahr, wie Politiken des 20. Jahrhunderts gezeigt haben. Dieser zweite Bereich ist es, in dem der Übergang von Demokratie zu Faschismus auszumachen ist.

Das Lager als Symbol des Ausnahmezustands

Was zuerst nicht weiter verwundert, hat nach Agambens Darstellung eine weitreichende Konsequenz: Weil die politische Ordnung im Ausnahmezustand – egal ob im Flüchtlingslager oder in extremster Form im Konzentrationslager – eine andere als im übrigen Staatsgebiet ist, zeigt sich in ihm auch eine andere Rechtsordnung. Was mit dem Erlassen von Sondergesetzen und Sonderregelungen beginnt, endet nicht bloß damit, dass durch den Ausnahmezustand ein rechtsfreier Raum geschaffen wird, stärker noch: Das Lager als Inbegriff des Ausnahmezustands wird zu demjenigen Ort, in dem **alles** zu Recht gemacht werden kann. Nichts, das dort passiert, passiert folgend gegen das Gesetz. Gesetz und Willkür fallen zusammen.

Welche Bedeutung trägt das für Flüchtlinge, politische Randgruppen oder Verfolgte? Politisch wird es heikel, wenn das *Recht auf Leben* an eine Staatsangehörigkeit gebunden ist. Durch die Wegnahme der Staatsangehörigkeit oder wenn Menschen grundsätzlich nicht in den Besitz einer Staatsangehörigkeit kommen, bleibt ihnen nur noch das „*nackte Leben*“. Ein Beispiel dieser Praxis zeigt ein Blick in die Geschichte: Ein Grund, warum es in Nazi-Deutschland von Bedeutung war, dass den Juden und Jüdinnen vor ihrer Ermordung ihre Staatsangehörigkeit entzogen wurde, war gerade der, dass diese Menschen auf diese Weise getötet werden konnten, ohne dass dabei ein Verbrechen begangen wurde.

Hinzu kommt das philosophisch problematische Verhältnis von Bür-

ger_innen- und Menschenrechten. Der souveräne Nationalstaat ist einzig in der Lage, die Einhaltung der Menschenrechte sicher zu stellen – jedoch nur auf dem eigenen Staatsgebiet. Doch was, wenn der Staat dazu nicht mehr bereit ist? Was passiert darüber hinaus, wenn Menschen staatenlos sind und überhaupt keinen Bürger_innenstatus besitzen, es also auch keinen Staat gibt, der sich um den Schutz dieser Bürger_innen sorgt? Darin zeigt sich die Problematik, die in der Konzeption der Menschenrechte liegt: denn die Menschenrechte stehen mit den Bürger_innenrechten in Verbindung. Verliert ein Mensch seine Bürger_innenrechte, steht es auch um die Menschenrechte nicht mehr gut.

Die Rolle des Souveräns: Der schmale Grat zwischen Demokratie und Unterdrückung

Ein entscheidendes Element ist dabei die Figur des Souveräns. Der politische Souverän besitzt per Definition das Recht zu töten, wobei sich die Gestalt des Souveräns im Laufe der Zeit verändert hat. Wurde dieser in vergangenen Gesellschaften noch durch einen König oder durch einen von Gott berufenen Führer verkörpert, wird er heute – in demokratischen Nationalstaaten – zwar durch ein Individuum symbolisiert, bestimmt aber durch ein Kollektiv – das Volk.

Darüber hinaus gilt der Ausnahmezustand dann als festgesetzt, wenn der Souverän außerhalb der Rechtsordnung agiert. Agamben hält diesen Zustand für eine normale Gegebenheit in modern-demokratischen Staaten, womit sich der



Bücher Bücher Bücher

moderne Nationalstaat geradezu in einem permanenten Ausnahmezustand befindet.

Giorgio Agambens Analyse ist sehr deutlich: Der bürgerliche Status des politischen Lebens – derjenige Status, der den einzelnen Menschen davor schützt getötet, ausgegrenzt oder ausgebeutet zu werden – wird dem einzelnen Individuum nur im Verständnis zugestanden, dass dieser Status im Ausnahmefall entzogen werden kann. Sollte es passieren, dass ein einzelner Mensch oder eine bestimmte Gruppe als Gefahr für den Staat angesehen werden, kann dieser die Ausgrenzung oder sogar Tötung in Folge legitimieren und rechtfertigen. Essentiell bedeutet das, dass einem Menschen alle Rechte genommen werden können – das Lager steht sinnbildlich dafür.

Demokratie und faschistoide Politik zusammen zu denken wirkt kontraintuitiv. Nach Auffassung des italienischen Philosophen bildet der moderne demokratische Nationalstaat jedoch ein totalitäres System, weil er im Fundament seines Entwurfs die Möglichkeit angelegt hat, die wesentlichen Rechte eines Menschen zu unterdrücken. Das Potential ein totalitärer Staat zu werden, bedeutet für Agamben ein totalitärer Staat zu sein.

David Gamsjäger studiert Philosophie an der Universität Wien und engagiert sich seit mehreren Jahren beim Internationalen Versöhnungsbund - österreichischer Zweig.

(1) *Giorgio Agamben: Homo sacer: Die souveräne Macht und das nackte Leben*, ISBN: 978-3-518-12068-2, Suhrkamp Verlag, 2002



Thomas Roithner: Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der Europäischen Union (mit einem Coverbild von Gerhard Haderer); ISBN 978-3-99057-541-3 (Paperback) bzw. -542-0 (Hardcover), Verlag myMora-wa, Wien, 2017

Dieser kleine Band von Thomas Roithner, Friedensforscher, Journalist und seit langem mit dem Versöhnungsbund verbunden, versammelt rund 20 kurze Beiträge über die Weltunordnung, Sicherheits- und Friedenslogik und –politik, Neutralität und Abrüstung, die in den Jahren 2014-16 in verschiedenen Zeitungen wie der Neuen Zürcher Zeitung (Onlineausgabe), Standard, Presse, Wiener Zeitung oder Furche erschienen sind. Sie versuchen bewusst, eine Verbindung zwischen wissenschaftlicher Friedensforschung und öffentlicher Verbreitung v.a. in österreichischen Medien herzustellen, weil „Fragestellungen von Kriegen, Konflikten, Sicherheit und Frieden (...) auch für viele ForscherInnen keine rein akademische Fingerübung“ sind.

Thomas Roithner spannt einen Bogen von neuen Entwicklungen und Machtverschiebungen in der Weltpolitik über die Rolle der EU als Friedensnobelpreisträgerin und gleichzeitig Trägerin eines militärischen Kerneuropa und entsprechender Aufrüstungsschritte und Waffenexporte bis hin zu österreichischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik zwischen militärischem Interventionismus und aktiver Neutralitätspolitik mit zivilen, friedenspolitischen Mitteln.

Stets kommt dabei die Sympathie des Autors mit friedensfähigen Ansätzen und Instrumenten zum Vorschein, oder wie er selbst im Vorwort schreibt: „Das Verbindende der vorliegenden Beiträge ist das Eintreten und das Plädoyer für zivile Krisenprävention statt militärischem Nachbügeln, gewaltfreie Konfliktbearbeitung statt ständigen Militäreinsätzen, diplomatische Lösungen statt Muskelspiel sowie eine friedensfähige Wirtschafts- und Energiepolitik statt gewaltfördernden Abhängigkeitsverhältnissen.“

Bücher Bücher Bücher



David Van Reybrouck: Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist; ISBN 978-3-8353-1871-7, Wallstein Verlag, Göttingen, 2016

Der belgische Historiker und Schriftsteller Van Reybrouck geht in seinem Buch von der Krise der Demokratie in vielen Ländern der Welt aus und diagnostiziert diese als Krise der Legitimität („*die Unterstützung durch die Bevölkerung nimmt ab*“) und der Effizienz („*die Tatkraft der Regierungen nimmt ab*“). Im Anschluss weist er gängige Erklärungen („*Diagnosen*“) wie die des Populismus, der Technokratie, der direkten Demokratie und der elektoral-repräsentativen Demokratie als zwar teilweise berechtigt, aber ungenügend zurück und lenkt die Aufmerksamkeit auf ein Verfahren, das von der Antike (Athen)

über die Renaissance (Venedig, Florenz) bis heute (Kanada, Island, Irland) zur Anwendung kam, um politische Macht und breite Repräsentanz der Bevölkerung möglichst umfassend zu verwirklichen: das Losverfahren. Er stellt dieses Verfahren zur Auswahl politischer Repräsentant_innen in Gegensatz zu „Wahlen“ unter heutigen Bedingungen und sieht das Los – in Kombination mit weiteren Elementen einer deliberativen (beratenden) Demokratie – als weit besser geeignetes Verfahren der Mitbestimmung von Bürger_innen in einem Gemeinwesen als den Wahlvorgang. Abschließend plädiert er für ein gemischtes System und bringt auch einige Beispiele, wo Elemente von Los und Wahl bereits kombiniert und erfolgreich ausprobiert wurden.



Fritz Edlinger (Hg.): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg; ISBN 978-3-85371-410-2, Promedia-Verlag, Wien, 2016

Dieser Sammelband mit Beiträgen u.a. von *Werner Ruf*, *Norman Paech*, *Rüdiger Lohlker*, *Tyma Kraitt*, *Gerhard Mangott*, *Karin Leukefeld* und *Hannes Hofbauer* versucht v.a. die internationalen Dimensionen des Krieges in Syrien in den Blick zu nehmen (Stand: August 2016), da sich dieser in seiner letzten Phase von einem nationalen bzw. regionalen Konflikt zunehmend zu einem internationalen Krieg gewandelt hat, in dem Stellvertreter-Interessen von ausländischen Mächten (USA, Russland, Iran, Türkei, arabische Staaten usw.) in ihrer Unterstützung jeweiliger Bündnispartner (Assad-

Regierung, IS und Al Nusra, Freie Syrische Armee usw.) eine immer wichtigere Rolle spielen. Dabei werden sehr viele, oft auch in der Öffentlichkeit wenig bekannte Aspekte und Sichtweisen behandelt, was einem auf die gängige Medienberichterstattung beschränkten Blick auf Syrien und den Nahen Osten gut tut. So eröffnet sich ein breites Spektrum, das der Komplexibilität der Situation sicher gerechter wird als ein vereinfachtes Denken in Schwarz und Weiß, Gut und Böse.

Die Stärke des Buches liegt in den Analysen – das bringt es auch mit sich, dass über mögliche – wenn auch ungeheuer schwierige – „Lösungen“ sowie immer noch bestehende zivile und politische Ansätze mit Ausnahme des kurdischen „Rojava“ wenig zu erfahren ist.



Dennis de Lange



Herausgegeben von Renate Bräcker Verlag Graswurzelrevolution

Dennis de Lange: Die Revolution bist Du! Der Tolstojanismus als soziale Bewegung in den Niederlanden (hrsg. von Renate Bräcker); ISBN 978-3-939045-27-4, Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg, 2016

In diesem Buch – das auch einen nochmals anderen Blick auf das Thema dieses Spinnrads eröffnet – geht der Autor einer Bewegung nach, die um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert unter Rezeption der (Spät-)Schriften *Leo Tolstoj*s in mehreren Ländern Europas aktiv war und gemeinhin als „*Tolstojanismus*“ bezeichnet wird. V.a. in den Niederlanden fielen die Gedanken Tolstoj's auf fruchtbaren Boden, sodass sich dort eine christlich-anarchistische Gesellschaftsströmung entwickeln konnte, die auf Grundlage des Individuums eine Veränderung der Gesellschaft in Bereichen wie Antimilitarismus, Reformpädagogik, Vegetarianismus, Vivisektion oder gemeinschaftliche Lebensformen anstrebte. Die wichtigsten Aktivitäten der TolstojanerInnen bestanden im Aufbau einer Zeitschrift („*Vrede*“-Bewegung, ab 1897), eines

gemeinschaftlichen Siedlungsprojekts (die Kolonie der Internationalen Bruderschaft in Blaricum, 1900 bis zur Zerstörung durch die Dorfbewohner_innen 1903) sowie einer Humanitären Schule in Laren (ab 1903), daneben waren sie in vielen weiteren Organisationen und Initiativen tätig. Durch ihren (anarchistischen) „*Sozialismus der Tat*“ leisteten sie einerseits Widerstand gegen die herrschenden Macht- und Gewaltideologien (Staat, Kapitalismus, Militarismus, Kirche), strebten aber selbst nicht nach politischem Einfluss, sondern wollten die herrschaftsfreie Gesellschaft von den Individuen her auf gewaltfreie Weise aufbauen. Ein interessanter, heute großteils vergessener Ansatz gelebter Demokratie aus christlich-anarchistischen Wurzeln!



Yvonne Hofstetter: Das Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt, ISBN: 978-3-57010-306-7, C. Bertelsmann Verlag, München 2016

Als Spezialistin für „*Big Data*“ beschäftigt sich Yvonne Hofstetter in ihrem Buch mit einer Gefahr für die Demokratie, die nicht direkt aus der Politik kommt und somit anders, als frühere Beispiele für eine Abkehr von der Demokratie durch einen in einer Person fassbaren autoritären Despoten ist. Die große neue Herausforderung, vor der die Gesellschaft und ihre Teilbereiche stehen, ist laut Hofstetter, die Digitalisierung, die längst begonnen hat und in sich und ihren Anwendungsgebieten inhärent Werte – geprägt vom Platzhirsch USA - mit sich trägt. Die Messgeräte, die unser Leben erfassen (u.a. Smartphones und immer mehr smarte Alltags- und Gebrauchsgegenstände), befinden sich bereits in Stellung; Daten werden zuhauf gesammelt.

In einer interessanten Mischung aus Gedankenexperiment und Analyse wird im Buch ein künstlicher Politiker, eine lernende Maschine, erschaffen, die die Gesellschaft lenken, den Kollaps verhindern und dennoch die Demokratie sichern soll. „*Das große Paradoxon der Digitalisierung*“, so Hofstetter, „ist, dass sie die Antwort auf die Probleme bereithält, die sie erst selbst schafft.“

Auch wenn manche Ansätze und Postulate der Autorin hinterfragt werden können, finden sich im Buch spannende Gedankengänge und Informationen, die auch für Menschen, die sich noch nicht allzuviel mit künstlicher Intelligenz beschäftigt haben, zugänglich sind.

Wer vergibt, ist ein wahrer Held

von Giulia Zurlini Panza

Wenn einer deiner entfernten Verwandten einer anderen Familie Schaden zugefügt hat und du fürchtest, dass deren Angehörige sich an dir für seine Taten rächen wollen, werden Blutsbande wichtiger als zwischenmenschliche Beziehungen. Wenn ihr - du, deine Eltern, deine Brüder und Schwestern - in selbstgewählter Isolation in eurem Haus lebt und aufgehört habt ein freies Leben zu leben, weil ihr euch vor der Rache fürchtet, beginnt Angst euer Leben zu kontrollieren. Wenn du erwachsen wirst und Vergeltung das Leben eines deiner Kinder trifft, lernst du, dass du nicht über die Vergangenheit hinweg kommst und du dich all dem früher oder später stellen musst. Wenn dein Sohn, nachdem er verletzt wurde, nicht rechtzeitig medizinisch versorgt wird und sein Leben verliert, weil es in deinem Land keine befestigten Straßen gibt, du kein Transportmittel hast, und kein Krankenwagen fährt, erdrückt dich die Frustration. Wenn der Mann, der die Schuld am Tod deines Sohnes trägt, frei auf der Straße herumläuft, weil die Institutionen, an die du dich gewandt hast, korrupt sind, verlierst du das Vertrauen in deine Nachbar_innen und in jene Organisationen, die eigentlich deine Rechte schützen sollten.

Wenn die Last der Ungerechtigkeit dich dazu bringt daran zu denken, selbst mehr Unrecht zu begehen, täuschst du dich selbst mit der Vorstellung das, was du bekämpfen willst, dadurch zu besiegen, indem du es selbst tust. Wenn alle dir sagen, dass du den Tod deines Sohnes rächen musst, und du beginnst zu glauben, einem anderen Menschen das Leben zu nehmen wäre das Richtige, dann drehst du deinem Gewissen den

Rücken zu. Wenn du schließlich den Tod deines Sohnes rächst, indem du einem anderen das Leben nimmst, gehst du ins Gefängnis und zwingst deine Familie isoliert in eurem Haus zu leben.

Wenn all das passiert, hat der Kreislauf des Hasses und der Gewalt kein Ende. Und genau das passiert in Nord-Albanien. Der mittelalterliche Kodex, *Kanun* genannt, schreibt Blutfehden vor um jeden Aspekt des sozialen Lebens in den bergigen Gebieten zu jener Zeit auf Basis des Prinzips der Ehre zu regeln. Dieses traditionelle Gesetz wurde seit dem 15. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts befolgt und weitergegeben.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Albanien wurde die Praxis der Blutfehde wiederbelebt, als ein Missbrauch der ursprünglichen Tradition. Diese Praxis ist eine Quelle anhaltender Menschenrechtsverletzungen und wird zu privater Rechtssprechung, wenn der Staat versagt. Aber im Norden des Landes passiert auch noch etwas anderes. Wenn du müde wirst nur das zu tun, was die Leute als ehrenhaft gelten lassen, und für die Fehler anderer Familienmitglieder zu zahlen, dann meldet sich dein Gewissen. Wenn du begreifst, dass Rache dir und deinen Verwandten nur mehr Kummer bringt, dann gibst du dich der Hoffnung auf ein Land ohne Blutfehden hin. Wenn du begreifst, dass Menschen, die du nicht einmal kennst, zu hassen, deine eigene Existenz vergiftet, dann träumst du von einem Albanien ohne Gewalt. Wenn du deine Zeit so verbringen willst, wie es den Bedürfnissen deiner Generation entspricht, dann kommt die Veränderung.

Wenn du denkst, dass Tradition mehr für ihre Werte wie „Vergebung“ und „Versöhnung“ respektiert werden sollte als für Rache, dann solltest du auf diese Gedanken hören. Wenn all das passiert, dann ist es notwendig den Traum einer Zukunft ohne Hass und Gewalt wahr werden zu lassen. So wie in Südafrika der gewaltfreie Widerstand von der Sehnsucht nach dem Tag von Mandelas Freilassung und einer Zukunft ohne Apartheid gestützt wurde, braucht in Albanien der Kampf gegen das Phänomen der Blutrache einen Traum, in dem alles Unrecht aufgehört zu existieren und das Recht auf Leben fest etabliert ist.

Seit 2010 fördern die Freiwilligen von **Operazione Colomba** in Albanien diesen Traum und teilen ihr Leben mit jenen, die vom Phänomen Blutrache betroffen sind. Ihre Anwesenheit hilft den Opfern des Phänomens ihre Wut und ihren Wunsch auf Rache auf konstruktive Weise umzuleiten und einen Prozess der Mediation und Versöhnung zwischen den involvierten Familien einzuleiten.

Die Freiwilligen agieren als gewaltfreie, zivile Begleiter_innen für jene, die durch eine Blutfehde am gefährdetsten sind, um sicherzustellen, dass sie sich ungefährdet frei bewegen können. Menschenrechtsverletzungen werden durch tägliche Besuche bei den vom Phänomen betroffenen Familien beobachtet und festgehalten.

Die intensive Tätigkeit hat zum Ziel Bewusstsein zu schaffen und ermöglicht es, Tausende von Menschen mit einer Botschaft der Gewaltfreiheit, der Vergebung und der Versöhnung zu erreichen und eine Kultur des Friedens zu verbreiten. Die Bewusstseinsbildung



zielt nicht nur auf die albanische Zivilbevölkerung ab, sondern auch auf lokale und internationale Institutionen, und ihr Ziel ist es einen Prozess einzuleiten um das Phänomen im ganzen Land zu überwinden.

Im Jahr 2016 schuf Operazione Colomba die **gewaltfreie Kampagne „Versöhnung schafft man gemeinsam“** um an einer Vision von Albanien ohne Blutfehden zu arbeiten. Eine Veranstaltung wurde im Mai 2016 in der Stadt Shkodra organisiert, die – wenn es nach der öffentlichen Meinung geht – die „Hauptstadt der Blutfehden“ ist, und im September 2016 in der Hauptstadt Tirana. Sowohl in Shkodra als auch in Tirana dauerte die Veranstaltung drei Tage.

Am ersten Tag fand ein öffentliches Treffen zu den Themen Versöhnung und Vergebung unter Anwesenheit von Expert_innen statt: einer Psychologin, eines Kanun-Forschers, und einem der Gründer der Schule der Vergebung und Versöhnung in Kolumbien.

In Shkodra fand das Treffen in einer Fußgängerzone der Stadt, mit Partizipation von Menschen, die von Blutfehden betroffen sind, jungen Leuten aus ländlichen Gegenden, religiösen Institutionen, lokalpolitischen Institutionen, vieler Passant_innen und der lokalen Presse statt.

Repräsentant_innen des Ombudsmannes, der lokalen politischen Autoritäten und einiger Vereine brachten als Beitrag ein Dokument, das die Umsetzung einer gemeinsamen Strategie für die Eliminierung des Phänomens Blutrache beinhaltet. Die wichtigsten Eckpunkte, die es zu erreichen gilt, sind die Erfassung aller Fälle von Racheakten im Land, die Zusicherung, dass das staatliche Justizsystem Strafen vollzieht, die Förderung einer gewaltfreien Kultur,

die Verwirklichung eines allgemeinen Versöhnungsprozesses und die Implementierung des Gesetzes 9389 vom 4. Mai 2005, das ein Koordinationskomitee gegen das Phänomen der Blutrache schaffen soll.

Am dritten Tag wurde der Film **„Das Vergeben des Blutes“** gezeigt. Im Anschluss gab es eine Diskussion mit der Hauptdarstellerin über die Konsequenzen des Phänomens in der heutigen albanischen Gesellschaft. Die Veranstaltung endete mit der Enthüllung eines Wandbildes. In Shkodra zeigt das Bild das Denkmal der **„Fünf Helden von Vig“**, lokale Partisanen, die ihr Leben im Kampf gegen die Nazis verloren, und zitiert den Satz **„Der wahre Held ist der, der vergibt“** in Anlehnung an die positiven Elemente der albanischen Tiefenkultur. Auf der Mauer befindet sich außerdem eine Plakette, die den Opfern des Phänomens Blutfehde gewidmet ist. In Tirana zeigt das Graffiti eine Reihe von Bildern: zwei ineinander greifende Hände, die den Flug des Adlers, ein Sinnbild für die albanische Flagge, repräsentieren und sich dann schütteln – als ein Symbol der Versöhnung. Das Graffiti wurde auf eine Eisenplatte gemalt und dem Palast der Kultur in Kamëz übergeben, einer der Gemeinden, die von diesem Phänomen am meisten betroffen sind. Auf diese Art wurde zum ersten Mal in Albanien öffentlich der Opfer des Phänomens Blutfehde gedacht. Die Themen der Wandgemälde unterstützen die Entscheidung zur Versöhnung und stellen eine Art von öffentlicher Gerechtigkeit für die Familien dar.

Die gewaltfreie Kampagne erlaubt jenen, die der Kultur des Hasses und der Gewalt überdrüssig sind, Schritte hin zu Überlegungen in Zusammenhang mit einem Albanien, in dem Versöhnung und Gewaltfreiheit den Groll und den

Wunsch nach Rache eliminieren, zu machen.

Die Veranstaltung erlaubte außerdem den Institutionen die Veränderung im Land voranzutreiben. Jene, die eine andere Stimme brauchen als die, auf die sie seit ihrer Geburt hörten, bekamen eine Antwort. Jene, die ihre Ansichten noch nie in Frage stellten, haben begonnen sich zu fragen, was es für Alternativen zu Rache gibt. Und letztendlich änderte sich auch die Haltung jener, die dem Problem der Blutfehden keine Beachtung schenkten. Die Veranstaltung ist ein weiterer Schritt, der gemacht wurde, um ein Albanien ohne Hass durchzusetzen. Die Kluft, die das heutige Albanien vom zukünftigen, in dem keine Blutfehden mehr existieren, trennt, wird schmaler.

Giulia Zurlini Panza arbeitet für Operazione Colomba, das Gewaltfreie Friedenscorps der **„Gemeinschaft Papst Johannes XXIII“**. Seit 1992 werden die internationale zivile Intervention von Operazione Colomba durch Aktionen gewaltfreien Peacekeepings, Peacemakings und Peacebuildings in verschiedenen Konfliktgebieten wie Sierra Leone (1997), dem Kosovo (1998-2010), Ost-Timor (1999), Chiapas-Mexiko (1998-2002), Tschetschenien (2000-2001), Demokratische Republik Kongo (2001), Gaza Streifen (2002-2003) und West Bank (seit 2002), Nord-Uganda (2005-2008), Kolumbien (seit 2009), Albanien (seit 2010) und syrischen Flüchtlingslagern im Libanon implementiert. Operazione Colomba ist offen für alle, die an die Kraft von Gewaltfreiheit und Versöhnung als Werkzeuge zur Wiederherstellung von Wahrheit und Gerechtigkeit glauben, um bewaffnete Konflikte zu lösen und anhaltenden Frieden aufzubauen.

DVR 0583031
Zulassungsnummer:
GZ 02Z032555M

P.b.b.
Internationaler Versöhnungsbund
Lederergasse 23/Hof2/St.3/Tür 27
A-1080 Wien

Die Demokratie, wie ich sie verstehe,
muss dem Schwächsten die gleichen Chancen
zusichern wie dem Stärksten.

Nur Gewaltlosigkeit kann zu diesem Ziel führen.

Gandhi